



öffentlich

Betreff:

Mittelkürzungen bei Familie, Frauenförderung und Gleichstellung im Einzelplan 07 Landeshaushalt

Erstellungsdatum 23.10.2001

Eingang 02:

Einreicher: Fraktion SPD

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.11.2001	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam fordert die Landtagsabgeordneten auf, für den Ausgleich der durch das Kabinett für den Doppelhaushalt 2002/2003 beschlossenen Kürzungen im Familien- und Frauenpolitikbereich, hier insbesondere Finanzierung der Frauenzentren, zu sorgen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Frauzentren bieten ein umfangreiches Angebot an präventiver und nachgehender Beratung in Krisen- und Gewaltsituationen, Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt, frauenspezifische Kultur und Bildung. Sie leisten einen wichtigen soziokulturellen Beitrag und ergänzen die soziale Infrastruktur vor allem unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Durch die beabsichtigten Kürzungen ist die Arbeit der Frauenzentren akut gefährdet. Für die Stadt Potsdam würde die Kürzung der Mittel bedeuten, dass die Finanzierung einer halben Personalstelle nicht mehr gewährleistet ist. Die Arbeit des Autonomen Frauencentrums wird mit großem ehrenamtlichen Engagement, finanzieller Unterstützung der Stadt und Förderung durch das Ministerium Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen bisher gewährleistet. Würde der bescheidene Beitrag des Landes (die beabsichtigten Kürzungen für diesen Bereich betragen landesweit 136 000 EURO) wegfallen, können wichtige Teile des breitgefächerten Angebotes nicht mehr abgedeckt werden.